

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Bezirksbürgermeisterin
Monika Herrmann – *persönlich*

Postfach 35 07 01
10216 Berlin

15. August 2016

Sehr geehrte Frau Herrmann,

wie wir dem „wahlvorbereitenden Stadtbild“ entnehmen können, wollen Sie „weitermachen“. Wir begrüßen das als Aktionsbündnis außerordentlich – Sie haben als Bürgerrepräsentantin glaubhaftes Engagement bewiesen und als Mensch Herz gezeigt für die Anliegen der Friedrichshainer.

Inzwischen ist unser Einwohner*Innenantrag ein Beschluss der BVV geworden. Dank des politischen Willens der Bezirksverordneten ist mit der Bestätigung der Bürgerforderung nach Bebauungsplanungen für Friedrichshain-West eine weitere Tür zu mehr Demokratie weit aufgestoßen worden. Dies gibt Anlass zur Genugtuung; die Gefahr jedoch, dass es Kräften im politischen Lager gelänge, die in den vergangenen 19 Monaten vor aller Augen inszenierte politische Ausgrenzung der betroffenen Bürger fortzuführen und – zumindest in Teilen – zu dem beabsichtigten Ende zu bringen, ist leider nicht gebannt.

Die Bürgerschaft erkennt zweifelsfrei, dass auf Basis §34 BauGB in der **Krautstraße ein „Pilotprojekt“** geschaffen werden soll als strategisches Vorbild für Nachahmer jeglicher Couleur in Berlin. Durch die zeitliche und organisatorische Verfahrenstrennung wird begünstigt, dass dieses Vorgehen mittels bereits positiv beschiedener Bauvoranfragen formalrechtlich Aussicht auf Erfolg hat. Nach wie vor jedoch – und das liegt auf der Hand – bleiben dabei die grundgesetzlich verbürgte demokratische Willensbildung und eine geordnete Stadtentwicklung Berlins auf der Strecke.

Es erscheint nun aus der Sicht der Bürgerschaft angebracht, einen kommunalpolitischen Kassensturz vorzunehmen. Dieses auch in Hinsicht auf die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen, um wichtige Erkenntnisse zu resümieren und die Weichen zu stellen für die Vermeidung baupolitisch und sozialhygienisch hochbedenklicher Konsequenzen – nicht nur gegenüber den Bürgern von Friedrichshain-West.

Die Bürger Friedrichshains widerspiegeln die bisherige Bilanz wie folgt:

1. Seit der nahezu konspirativen Verkündung des Nachverdichtungsprogramms der WBM auf Basis § 34 BauGB im Wohnungsbestand seit November 2014 ist es den Organisatoren dieses Programms – sämtlich aus der SPD – weitgehend gelungen, eine tatsächliche demokratische Bürgermitentscheidung nahezu vollständig zu verhindern.
Zu keinem Zeitpunkt konnte bisher ein Konsens zwischen autoritär geäußerten Senatsabsichten und dargelegten Bürgermeinungen hergestellt werden.
Auch ein sog. „Runder Tisch“ unter straffer senatstreuer SPD-Lenkung war in dieser Hinsicht weder zielführend noch erfolgreich. Gleichwohl ist es dem beharrlichen Bemühen vor allem des Aktionsbündnisses Friedrichshain-West, der Mieterbeiräte und vielen hundert engagierten Bürgern im Konsens mit der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg mit Beschluss DS 2147/IV gelungen, die notwendige demokratische Würde dieser kommunalpolitischen Auseinandersetzung zu wahren.

Ein hoffnungsvoller Ansatz ... der jedoch mit weiteren praktischen Aktionen vorangetrieben werden muss.

2. Das sozialpolitische Grundproblem in der städtischen Wohnungspolitik der SPD geleiteten Senatskoalition baut sich weiter auf und ist folgendermaßen ablesbar:
 - Die Anzahl der Sozialwohnungen sinkt kontinuierlich stark ab.
 - Der jährlicher Zuwachs von Neubauwohnungen insgesamt und vor allem derjenige der städtischen Wohnungsbaugesellschaften im mehrheitlich sozial leistbaren Miethöhenbereich ist, bezogen auf den Bedarf, absolut unzureichend.
 - Die Versprechen der groß angekündigten Mietpreisbremse sind nicht eingelöst worden; stattdessen steigen die Angebotsmieten weiter schneller als das Haushaltseinkommen.
 - Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen hiervon sind gravierend wachstumshemmend.
 - Das Bestandsmanagement des Wohnungsfonds ist unzureichend, die überhandnehmende Zweckentfremdung konnte noch nicht real gestoppt werden.
 - Die Nachverdichtung im Bestand stößt weiter auf Bürgerwiderstand infolge autoritärer Demokratiedefizite und städtebaulich-funktioneller Qualitätsmängel. Widersprüchliche politische Aussagen gegenüber vollzogener Praxis bei der weiteren Stadtentwicklung und zum Stadtklima untergraben das Bürgerengagement, dessen Warnungen vor erkennbar steigenden Gesundheitsrisiken und rapider Verschlechterungen der bisherigen Wohnbedingungen ignoriert werden.
3. Die mediale Szene wird beherrscht vom politischen Aktionismus des Senats. **Die Bürger fühlen sich in ihrer Würde verletzt durch leichtfertigen Umgang der politischen Führung mit den Werten ihrer Heimatstadt.** Übereilte Entscheidungen in unserer stadtklimatisch komplizierter werdenden Umwelt – wie die jetzige Nachverdichtung als „**Stadtumbau Ost**“ – ohne ökologischen Praxisbezug sind gefährlich/fahrlässig. Deshalb halten wir eine ortskonkrete ökologische Voruntersuchung unter Bürgerbeteiligung wie am Brunnenviertel (Kiezklima) für richtig und notwendig.
Dies würde außerdem der ... mangelnden Glaubwürdigkeit und Professionalität des jetzigen Stadtmanagements beispielgebend entgegenwirken.
4. Die „**Stadt der kurzen Wege**“ und „**Innen- vor Außenentwicklung**“ als ideologische Blaupausen für spekulative Bodenwertsteigerungen in der Innenstadt sind besorgniserregende Kennzeichen für die drohende Auslieferung der Stadt an **international agierende Bau- und Immobilien-spekulanten** (Bodenrichtwerte Karl-Marx-Allee Karree 2002 = 550 €/m², 2016 = 1.000 €/m²). Es tut sich die Frage auf, woher und wohin sollen die kurzen Wege führen, wenn die Mobilität im öffentlichen Straßenraum immer mehr eingeengt wird? Wir konstatieren: Ohne vorausschauende und nachhaltige Stadtentwicklung keine Fortsetzung des – bislang aktionistischen – Weiterbaus in Berlin!

Die diesem Anschreiben beigefügte textliche Ausarbeitung incl. Anlagen und Abbildungen verfolgt die Absicht, komplex recherchierte und detaillierte Unterstützung zu leisten für die Tätigkeit Ihres Amtes in Bezug auf die Region Friedrichshain-West.

Wir bitten *Sie, sehr geehrte Frau Herrmann*, diese Darstellungen in die zuständigen Bereiche zur Kenntnisnahme/Verwendung weiter zu leiten, danken für Ihr Interesse und die Aufmerksamkeit Ihres Teams.

Mit freundlichen Grüßen

Aktionsbündnisses Lebenswertes Wohnen in Friedrichshain-West / Sprecherrat

Textlangversion und Anhänge folgend

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Bezirksbürgermeisterin
Monika Herrmann – *persönlich*

Postfach 35 07 01
10216 Berlin

15. August 2016

Sehr geehrte Frau Herrmann,

inzwischen ist unser Einwohner*Innenantrag ein Beschluss der BVV geworden.

Dank des politischen Willens der Bezirksverordneten ist mit der Bestätigung der Bürgerforderung nach Bebauungsplanungen für Friedrichshain-West eine weitere Tür zu mehr Demokratie weit aufgestoßen worden.

Dies gibt Anlass zur Genugtuung; die Gefahr jedoch, dass es den Kräften im politischen Lager doch gelingt, die in den vergangenen 19 Monaten vor aller Augen inszenierte politische Ausgrenzung der betroffenen Bürger fortzuführen und – zumindest in Teilen – zu dem beabsichtigten Ende zu bringen, ist leider nicht gebannt.

Die Bürgerschaft erkennt zweifelsfrei, dass **auf Basis §34 BauGB** in der Krautstraße ein „**Pilotprojekt**“ geschaffen werden soll – und dies als strategisches Vorbild für Nachahmer jeglicher Couleur in Berlin.

Es besteht durch die zeitliche und organisatorische Verfahrenstrennung die Gefahr, dass dieses Vorgehen, mittels bereits positiv beschiedener Bauvoranfragen, formalrechtlich Aussicht auf Erfolg hätte. Es liegt auf der Hand, dass die grundgesetzlich verbürgte demokratische Willensbildung und eine geordnete Stadtentwicklung Berlins dabei – nach wie vor – auf der Strecke bleibt.

Es erscheint nun aus der Sicht der Bürgerschaft angebracht, einen kommunal-politischen Kassensturz auch in Hinsicht auf die bevorstehenden Wahlen vorzunehmen.

Es ist erforderlich, wichtige Erkenntnisse zu resümieren und die Weichen zu stellen um baupolitische sowie sozial-hygienisch hoch bedenkliche Konsequenzen gegenüber den Bürgern von Friedrichshain-West und darüber hinaus zu vermeiden.

Eine Aufzählung:

1. Seit der diskreten Verkündung im November 2014 des Nachverdichtungsprogramms der WBM, auf Basis § 34 BauGB im Wohnungsbestand, ist es den Organisatoren dieses Programms – sämtlich aus der SPD – weitgehend gelungen, eine tatsächliche demokratische Bürgermitentscheidung schwer zu behindern.

Zu keinem Zeitpunkt konnte ein Konsens zwischen autoritär geäußerten Senatsabsichten und dargelegten Bürgermeinungen hergestellt werden. Auch ein sogenannter „Runder Tisch“ unter WBM-Steuerung und SPD-Lenkung war hier **nicht** erfolgreich.

Es ist nur durch das beharrliche Bemühen, vor allem des Aktionsbündnisses Friedrichshain-West, der Mieterbeiräte mit vielen hundert engagierten Bürgern im Bündnis, der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg mit **Beschluss DS 2147/IV**, gelungen, die notwendige demokratische Würde dieser kommunal-politischen Auseinandersetzung zu wahren. Ein hoffnungsvoller Ansatz ... der jedoch mit weiteren praktischen Aktionen unterfüttert werden muss.

2. Das sich weiter aufbauende sozial-politische Grundproblem in der städtischen Wohnungspolitik der regierenden SPD-geleiteten Senatskoalition hat folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

- Die Anzahl der Sozial-Wohnungen sinkt ständig weiter stark ab.
 - Der jährliche Zuwachs von Neubauwohnungen insgesamt, vor allem der städtischen Wohnungsbaugesellschaften im mehrheitlich bezahlbaren Miethöhenbereich ist, bezogen auf den Bedarf, weitaus zu gering.
 - Die Erwartungen an die groß angekündigte Mietpreisbremse sind nicht eingetroffen, die Angebotsmieten steigen weiterhin schneller als das Haushaltseinkommen. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen hiervon sind gesamtwirtschaftlich wachstumshemmend.
 - Das Bestandsmanagement des Wohnungsfonds ist unzureichend, die überhand nehmende Zweckentfremdung konnte noch nicht real gestoppt werden.
 - Die Nachverdichtung stößt fordgesetzt auf Bürgerwiderstand, infolge autoritärer Demokratiedefizite, städtebaulich-funktionaler Qualitätsmängel, widersprüchlicher politischer Aussagen zur vollzogenen Praxis der weiteren Stadtentwicklung und zum Stadtklima, erkennbar steigender Gesundheitsrisiken sowie überwiegend rapider Verschlechterungen der bisherigen Wohn- und Lebensbedingungen.
3. Politischer Aktionismus der politischen Stadtführung im allgemeinen Medienecho – statt sichtbarer baulicher Erfolge – beherrscht die Szene.
Die Bürger fühlen sich durch den leichtfertigen Umgang der politischen Führung mit den Werten ihrer Heimatstadt in ihrer Würde verletzt: z.B. weiter anhaltendes Flughafen-Dilemma, ausufernde Staatsopernkosten, Friedrichswerdersche Kirche ist zur Bau-Ruine gemacht, Alex-Hochhaus-Fehleinschätzung, Miethöhen-Desaster, fehlende Radfahrwege, Verlust des Tempelhofer Feldes als größte innerstädtische Wohnungsbauland-Reserve, also ... mangelnde Glaubwürdigkeit und Professionalität des Stadtmanagements.
Wem gehört die Stadt? Den Bürgern oder der Führung einzelner Parteien?
4. „Stadt der kurzen Wege“ und „Innen- vor Außenentwicklung“ als ideologische Blaupausen für spekulative Bodenwertsteigerungen in der Innenstadt sind besorgniserregende Kennzeichen für die drohende Auslieferung der Stadt an international agierende Bau- und Immobilienspekulanten (Bodenrichtwerte Karl-Marx-Allee-Karree, 2002 = 550 €/m² und bereits 2016 = 1.000 €/m²!).
5. **Wann kommen** die großen jährlichen Neubauzahlen aus der entlastenden Stadterweiterung, z. B. Elisabeth-Aue, Buchholz-Nord ?
Wo bleibt ein Baulandvorlauf für weitere Stadtentwicklung?
Wo bleibt der „Plattenbau des 21. Jahrhunderts“ in Großserien?

Nachverdichtung im (Wohnungs)Bestand ist ein uraltes, gewöhnlich oft das letzte Mittel der Stadtentwicklung, wenn es denn mit Bedacht und mit Augenmaß angewendet wird.

Das Stadtparlament von Friedrichshain-Kreuzberg verwendete in seinen Debatten auch den Begriff „Behutsamkeit“. Es versuchte auf vielfältige Weise im Konsens mit den Bürgern auf **Besonnenheit** zu setzen und themenübergreifende Debatten zu führen, die einerseits die Errichtung neuen Wohnraumes befürworteten und andererseits im Bestand Beeinträchtigungen vermeiden.

Nachdem nun ca. 20 positive Bauvorbescheide nach §34 BauGB im Alleingang von einigen Mitarbeitern des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg, offenbar ohne Beachtung vorliegender stadtklimatischer Belange ausgestellt wurden, sollen nun laut Protokoll des 4. Runden Tisches im Nachgang stadtklimatische Gutachten produziert werden.

Es besteht der Anschein, dass die Gutachter allerdings dabei oft gegen vorliegende Planungshinweise von SenStadtUm arbeiten müssen; dazu Anlagen Abb. 3 im Vergleich mit gelben Texten in Abb. 2.

Die betroffenen Bürger und die Berliner Öffentlichkeit fragen sich wieder und wieder, warum langjährig intakte Wohngebiete durch übertriebene Nachverdichtung regelrecht entwertet und zerstört

werden sollen – während anderweitige wohnbaufähige Flächen brach belassen und keine den heutigen Möglichkeiten entsprechenden technischen Lösungen für preiswerte Wohnbauten entwickelt werden.

Das senatsgesteuerte Management der landeseigenen WBM ist – seitenlange Protokolle belegen dies – an keiner Stelle imstande, auf diese Fragen zu antworten und versteckt sich hinter Finessen zum bestehenden Baurecht und dem alleinigen politischen Willen des Senats.

Formal angewendetes Bürokratie-Regularium flankiert diese Strategie – Zitat Bezirksstadtrat Hans Panhoff (BVV, 18.5.2016): „Die Anwendung des § 34 BauGB für beantragte Baugenehmigungen ist auch im künftigen Bebauungsplan rechtswirksam, sofern keine Rechtsmängel feststellbar sind ...“

Kompromissbereitschaft in der Haltung zum aktuellen BVV-Beschluss **DS 2147/IV**, *Sie werden uns zustimmen, sehr geehrte Frau Herrmann*, sieht anders aus!

Eine von uns angestellte kritische Einschätzung der klimarealen und städtebaulichen Möglichkeiten kann in Friedrichshain-West etwa bei einer mittleren einstelligen Gebäudezahl der Nachverdichtung ankommen.

In der Praxis und in Missachtung des Beschlusses der **DS 2147/IV vom 25.05.2016** in der **BVV Friedrichshain-Kreuzberg** besteht von interessierter Seite (SPD und WBM) die Absicht, eine zeitlich getrennte Rangfolge der geplanten Baustandorte in Friedrichshain-West festzulegen.

Vorab ohne eigenen Bebauungsplan, allein fußend auf § 34 BauGB, soll die Nachverdichtung der **Krautstraße** als „**Pilotprojekt**“ nur nach Bauordnungsrecht, **offenbar zur allgemeinen Berliner Nachnutzung**, nur nach Vorlage eines Bauantrages, entschieden werden.

Dafür liegen einige, allerdings sehr pauschale gutachterliche Stellungnahmen vor, die das in der DS 2147/IV beschlossene Entscheidungsfeld an keiner Stelle ausreichend reflektieren.

Hier ist dringend parlamentarische und administrative Intervention gefordert!

Unter Beachtung des **aktualisierten Umweltatlas Berlin** und relevanter Entscheidungshilfen tragen die Bürger, *Ihnen, sehr geehrte Frau Herrmann*, im folgenden einen **Maßnahmenkatalog** vor, begründen diesen und bitten um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und Prüfung.

In der nachfolgend benannten Karte der Senatsumweltverwaltung (s. Anlage Abb. 1) ist das Gebiet **Krautstraße** (im Andreas-Viertel) als vierfach belastet dargestellt. Das heißt:

1. hohe bis sehr hohe Lärmbelastung
2. hohe Luftbelastung
3. schlechte bis sehr schlechte Grünversorgung
4. hohe thermische Belastung

Aus dieser Bewertung ergeben sich notwendig zu stellende Fragen und durchzuführende Maßnahmen zur Herstellung bzw. weitgehenden Annäherung an **Umweltgerechtigkeit** als Ausdruck der unterschiedlichen stadträumlichen Verteilung von negativen Umwelteinwirkungen (Luft- und Lärmbelastung usw.).

Die Herstellung von Umweltgerechtigkeit ist ein ständiger Prozess im komplexen Zusammenwirken von Elementen der fortlaufenden Stadtentwicklung.

Dieser Prozess sollte gleichsam als ein Ausdruck gelebter Demokratie zu gestalten sein.

Unter der ab 2015 geltenden Prämisse (s. Anlage Abb. 2, gelb hinterlegte Texte), vor allem um eine Verschlechterung auf der zu bebauenden Fläche selbst zu vermeiden, ist folgendes zu beachten:

Maßnahme 1:

Alle Bäume älter als 10 Jahre bitte stehenlassen und auforsten !

Die baubedingte Fällung einer hohen Anzahl großkroniger Bäume bewirkt einer weiteren **Ver-minderung der Umweltgerechtigkeit durch Verschlechterung der thermischen Situation.**

Diese Bäume sind – jetzt und künftig – die natürlichen Klimabegünstiger und beste Garanten für die direkten nächtlichen Kühleffekte sowie auch Sauerstofflieferanten zur Lufterneuerung.

Es dauert Jahrzehnte, eine gleichartige Wirkung durch Neupflanzungen zu erwirken.

Eine Dachbegrünung bzw. partielle Fassadenbegrünungen ersetzen keine Bäume, schon gar nicht in zehn- und höhergeschossig Wohnarealen (Karees/ Innenhöfe).

Der Ersatz großer Pappeln durch Obstbäume, wie im Protokoll vom 9. 5. 2016 des Runden Tisches der WBM notiert, hat in diesem Zusammenhang wenn nicht peinlichen, so doch satirischen Wert.

Maßnahme 2:

Eine Verifizierung (bestätigende Überprüfung) der theoretischen Modellaussagen in Klimagutachten, insbesondere zur Wohnraum-Innentemperatur an und nach Tropen- bzw. Hitzetagen ist vorab dringend erforderlich !

Neben der Bodenversiegelung durch die Standfläche des neuen Hauses bewirkt die Versiegelung ehemals baumbestandener Hofflächen für erforderliche Kfz-Standflächen, Müllstandplätze, Fahrradabstellanlagen, Tiefgaragen, E-Nachladestationen usw. eine weitere Verschärfung der thermischen Situation und erfordert spezifische Lösungen. Eine Tiefgarage ist hierfür keine sinnentsprechende Option.

Mit einer Baumasse von ca. 12.000 Kubikmetern (1 Punkthochhaus) wird ein großer Wärme-Tag-speicher z. B. in eine beengte Innenhof-Architektur eingefügt. Dieser feste Körper absorbiert über den Tag allseits strahlenförmige Sonnen-Wärme und gibt diese thermische Energie des Nachts an die Umgebung – hier in voller Gebäudehöhe – an die Nachbarhäuser ab.

Diese Wärme addiert sich mit der über die Glasfenster ebenfalls in die Wohn-Innenräume eingedrungenen thermischen Energie.

Eine vorliegende **Stadtklima-„Modellrechnung“**, die diesen Sachverhalt übersieht, ist daher **nicht genügend aussagefähig**; hierzu Anlage Abb. 4 und 5.

Maßnahme 3:

Sichtbare Schadstoffschäden an vorhandener Vegetation infolge Ausbreitung von Luftschadstoffen von der Karl-Marx-Allee – Dringende Verifizierung der Vegetationsschäden und ihrer Ursachen vor Ort und nachhaltiger Erhalt der geschädigten Bäume !

Betroffen sind Fünf Pappeln im Innenhof des Karl-Marx-Allee Karrees vor Palisadenstraße 35 d, Karl-Marx-Allee 69 a und vor Palisadenstraße 35 c–d an der Lebuser Straße. Einer Schwedischen Mehlbeere fällt unter Totalverlust und weiterer Befall an einem Eschenahorn (s. Anlagen Abb. 6, 7, 10 = besondere Windfelder). Ähnliche Schäden befinden sich in den Grünflächen der Neue Blumen Straße/ Krautstraße/ Lichtenberger Straße.

Die vorliegende gutachterliche Stellungnahme des Büros „Lärmkontor“ zur Luftreinheit im Bereich der Krautstraße basiert auf **nicht** dem Standort entsprechenden Ausgangswerten der Modellrechnung.

Die **Krautstraße** liegt im unmittelbaren Einflussbereich der Karl-Marx-Allee/Frankfurter Allee, somit sind die verwendeten **Messwerte der Blume-Messstelle MC 174** in der **Frankfurter Allee 86 b** (passend zu der letzten Verkehrsmengenermittlung 2014, s. Anlagen Abb. 8, 11) **maßgebend. Nicht hingegen** (wie auf **Seite 9** dieser vorliegenden „Luftschadstoffuntersuchung“ dargestellt) die von der **Brückenstraße, MC 171** und **Neukölln, MC 042**. An diesen beiden Messstellen lagen 2014 keine Grenzwertüberschreitungen für Feinstaub PM10 vor.

Der Modell-Abgleich mit dem Windfeld Grunewald ist ebenfalls unzutreffend, da am Standort Krautstraße infolge der besonderen Gebäudestruktur selbsterzeugte turbulente Windfelder vorherrschend sind. Diese selbsterzeugenden (autochthonen) Windfelder entstehen durch Konvektion/Luftauf- und -abtrieb unterschiedlich erwärmter Luftmassen an tageszeitlich umlaufend besonnten, hier besonders hohen Fassaden, vor allem an/um Punkthochhäuser (s. Anlagen Abb. 7, 8, 10 = besondere Windfelder).

So entstehen u. a. Heftige bodennahe Ansaugerscheinungen schadstoffbelasteter Luft aus der Karl-Marx-Allee – begünstigt durch die beiden Fußgänger-Passagen in den Eckbereichen in das Karl-Marx-Allee Karree bzw. in die Palisadenstraße. Gleiches gilt für die Karl-Marx-Allee – Hausdurchgang Strausberger Platz 10 in die Blumenstraße und Krautstraße.

Es gilt für die Luftbewegungen von der belasteten Lichtenberger Straße hinein in die inneren Wohnhöfe hinter den ansaugwirksamen Punkthäusern der Lichtenberger Straße 17 und 18 bzw. den beiden geplanten und strittigen Neubauten Krautstraße 5 A und 9 A (s. Anlagen Abb. 7, 8, 10 = besondere Windfelder) das gleiche.

Alle Innenhofbebauungen der Nachverdichtung mit Punkthochhäusern stellen durch ihre Höhe und unterschiedlichen Luftbewegungen sowie durch die entstehenden Oberflächentemperaturen (s. Anlage Abb. 10) von vornherein eine zusätzliche Verschlechterung der Luftqualität dar.

Damit könnte der Tatbestand einer fahrlässigen Gesundheitsgefährdung gegenüber Alt- und Neumietern eintreten.

Maßnahme 4:

Während und nach Tropentagen sind in Innenräumen Vor-Ort-Nachmessungen vorzunehmen und Abhilfen einzuleiten !

Eine besonders hohe Verletzlichkeit (Vulnerabilität) der Standort-Wohnbevölkerung infolge ihrer demographischen Zusammensetzung (überwiegend Lebensalter > 65) muss konstatiert werden. Damit muss auf eine nachweislich ansteigende Mortalitätsrate dieser Altersgruppe bei Hitzeereignissen hingewiesen werden (s. Anlage Abb. 9, Ausschnitt aus spezieller Karte mit dem Bereich Krautstraße). Dieser Hitzestress belastet **alle** Anwohner, sondern Ältere, Kranke und Kinder. Neben den Tropentagen entsteht außerdem durch den ungehinderten Durchgang des Sonnenlichtes bei großformatigen Fenster ein weiteres vulnerables Hitzefaktum.

Die in den 90er Jahren vorgenommene äußere Wärmedämmung verhindert sehr wirksam die nächtliche Abkühlung des tagsüber durch Sonne erwärmten **Wohnungsinneren**, Thermosflaschenprinzip bei innerem Scherbeton-Wärmespeicher, **ganztäglich** anhaltende Innenraumtemperaturen über 26° C mit mehrtägigem Nachlauf sind keine Seltenheit.

Eine flächendeckende technische Innenraum-Kühlung durch mobile Klimaanlage (ca. 3 kW) eliminiert dann letztlich die winterliche Energieeinsparung. **Damit ist jegliche Nachhaltigkeit aufgehoben.**

Eine vorliegende gutachterliche Modellrechnung mit dem Nachweis einer nächtlichen Abkühlung in Bodennähe des Innenhofes ist deshalb für die älteren Bewohner mit ihrer erwiesenermaßen erhöhten Sensibilität für Hitzebelastungen innerhalb der Wohnungen wenig hilfreich und nur von "humoristischem" Wert.

Zu vergleichen ist dazu: Seite 42 der Planungshinweiskarte Stadtklima 2015, Begleitdokument unter 4.2.2: „Besondere Vulnerabilitäten aufgrund stadtklimasensibler Gebäudenutzungen“ von SenStadtUm.

Maßnahme 5:

Aufstellung einer Spielplatz-Flächenbilanz im Rahmen des ISEK sowie Korrektur der stadtklimatischen Ausgangswerten !

Der Bereich **Krautstraße** ist Bestandteil des LOR (Lebensweltlich orientierte Räume, Planungs-räume nach Bausenatsordnung) und gehört zum **Andreas-Viertel** mit ca. 12.300 Einwohnern. Er wird in der von SenStadtUm per 2014 herausgegebenen Statistik als mit 1.645 m² fehlender Spielplatzfläche (privat und öffentlich) dargestellt.

Anmerkung: LOR Friedenstraße mit Karl-Marx-Allee Karree bei 6.878 Einwohnern – Defizit 3.858 m², Barnimkiez ist formal durch Volkspark Friedrichshain „über“-versorgt, dieser wird zusätzlich von den Anwohnern der angrenzenden Bezirken Prenzlauer Berg und Mitte mit frequentiert und ist somit extrem stark überlaufen.

Die vorhandene Versorgung der **Krautstraße** ist unzureichend, d. h. es gibt kleinere sehr bescheidene, z. T. ungepflegte Spielplätze incl. eines öffentlichen Spielplatzes (verschmutzt, fehlender Sandwechsel usw.).

Für den bestehenden Spielplatz Neue Blumenstraße / Krautstraße in der „geschützten Grünanlage“ liegt ein positiv beschiedener Bauvorantrag vor und lässt ihn damit rein rechnerisch als Spielplatzfläche ausfallen.

Angesichts dieses Defizits ist eine Einfügung mit 3 bzw. 2 Punkthochhäusern mit je 30 Wohnungen (ohne Neue Blumenstraße / Krautstraße) hier räumlich nicht mehr akzeptierbar.

Ähnlich ist es in den anderen (s. Anlage Abb. 3) dargestellten Standorten; wie dem Karl-Marx-Allee Karree, Koppen-Singer Karree, Andreas-Viertel, Barnimkiez, usw.

Da zudem schon eine Unterversorgung mit Grünflächen in der Senatsstatistik der Umweltgerechtigkeit konstatiert wird, sollte zunächst vor weiteren Entscheidungsgängen eine Problemlösung, Spielplätze öffentlich, privat und nach Altersgruppen, im Rahmen des ISEK erarbeitet werden.

Auch die **günstige thermische Einstufung** der östlichen Nachbarfläche Krautstraße in der Planungshauptkarte 2015 von SenStadtUm **ist anzuzweifeln**, da bei genauerem Hinsehen die vorhandenen Bewegungsflächen der Schulen eine massive betonierete Untergrundbefestigung mit hohem Wärmespeichervermögen aufweisen und die dunklen Flachdächer der dortigen baulichen Anlagen an Hitzetagen ebenfalls eine sehr hohe Aufheizung (bis 80 °C), somit eine massive Wärmeabgabe an die Umgebung, bewirken.

Maßnahme 6:

Prüfung Gebäudeabstände und der zulässigen Geschossflächenzahl 1,6 im Grundstücksbereich !

Die bisherige Festlegung der künftigen **Standplätze und Gebäudehöhen der Punkthäuser** ist **fehlerhaft**, da sich die von Bebauung freizuhaltenden Flächen im Bereich der **Krautstraße** überschneiden.

Dies kann nur durch einen Dispens der Bauaufsicht oder im Rahmen der Bebauungsplanung risikobelastet aufgehoben werden.

Ebenso ist in der bevorstehenden Bebauungsplanung die Anwendung des § 17 der Baunutzungsverordnung (Obergrenzen für die Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung) gegenzuprüfen.

Maßnahme 7:

Die Anwendung von VDI-Richtlinie 3787 sollte als Mittel der Gegenprüfung in die Entscheidungsfindungen einbezogen werden !

Die bisherige Praxis der Feststellung der Bebaubarkeit stadtklimatisch problematischer Gebiete erfolgte bis 2015 gemäß SenStadtUm nach der VDI-Richtlinie 3787 Blatt Klima-Lufthygiene. Hier

war in Friedrichshain-West eine Nutzungsintensivierung und Vegetationsentnahme sogar ausgeschlossen! – Neuerdings jedoch 20 Bauvorbescheide möglich? – **Klimawandel rückwärts ...**

Maßnahme 8:

Mit dem Ziel der Gesunderhaltung von Tausenden Menschen, sollten intransparente theoretisch ermittelte Zufallsergebnisse als alleinige Entscheidungsgrundlage ausgeschlossen und eine parallele Validierung anhand realer Wertekontrollen vor Ort erfolgen, ähnlich „KlimaKiez“ Brunnenviertel durch die TU Berlin !

Es besteht nach Kenntnisnahme der bisher von der WBM beigebrachten gutachterlichen Stellungnahmen Stadtklima zur **Krautstraße** die Vermutung (Vergleich demgegenüber die DWD-Messwerte an der nahegelegenen Station Alex, einer innerstädtischen Hitzeinsel, s. Anlage Abb. 5), dass hier Ausgangswerte von „Modellrechnungen“ verwendet werden, die eine geschönte Ergebnisdarstellung versprechen. Reale Messungen sind lehrreicher ... die Messstelle Alexanderplatz ist nahe und ähnlich Krautstraße bebaut. **Bei erkennbaren Gesundheitsrisiken**, wie hier anhand der Unterlagen der zuständigen Senatsverwaltung, gilt: „**Im Zweifel nie ... !**“

Maßnahme 9:

Umgehende Verkehrs-Verringerung zum Zwecke der Senkung von Lärmbelastung und Luftverschmutzung – vor allem der Karl-Marx-Allee und ihrer Querungen in Friedrichshain-West. Nur ein harmonisches Miteinander komplex abgestimmter Wohn- und Arbeitsstätteregebiete in verkehrlich entzerrten Stadtbereichen führt zu einer stressärmeren Stadtentwicklung und folgt den stadtökologischen Notwendigkeiten einer dynamischen Klimafolgenanpassung in Berlin.

Die bereits beschriebenen Vegetationsschäden am Baumbestand im und am Karl-Marx-Allee Karree beruhen nach Expertenmeinung aus der Emission von Stickoxyden, die aus dem hohen Verkehrsaufkommen der Ost-West-Magistrale Karl-Marx-Allee herrühren (s. Anlagen Abb. 7, 8, 10 und 11). Diese Schadstoffe sind Verursacher von Verätzungen (pH-Wertsenkungen infolge Lösung von Stickoxyden in Wasser) bei Regenwetter und Ozonbildung aus Stickoxyden bei Sonnenbestrahlung und belasten in erster Linie die Vegetation. Gemeinsam mit den Stickoxyden gelangen Feinstäube in alle Lebensräume.

Diese sind verantwortlich für schwere Gesundheitsschäden bei Menschen.

So ist z.B. die vorgeschlagene Innenhofbebauung einschließlich **Kita-Unterlagerung** im Karl-Marx-Allee-Karree als völlig verfehlt anzusehen. Das gilt ebenso für das Grundstück „geschützte Grünanlage mit Spielplatz“ in der **Neue Blumenstraße / Krautstraße**.

Hierdurch wird die ohnehin kritische Bestandsituation der Luftzirkulation des Hofes durch ein zusätzlich schadluftansaugendes hohes Gebäude weiter verschlechtert. Ähnliches gilt für die anderen Innenhofbereiche in Friedrichshain-West. Eine Baumassenverdichtung in relativ geschlossenen Baustrukturen, im bisher geplanten Umfang von ca. 20 Gebäuden mit dazu zu rechnendem



*Bereits abgestorbene schwedische Mehlbeere
zwischen Lebuser Straße und Haus
Palisadenstraße 35 d*

weiter steigendem Verkehrsaufkommen, muss nach Kenntnisnahme dieser Umwelt- und Personen-gefährdung als billigende Inkaufnahme angesehen werden.

Nachdem die potentiellen Bauherren bereits in vielfältigster Weise auf die Gesundheitsgefährdung hingewiesen wurden, **ist der Vorwurf der Vorsätzlichkeit klar zu vermuten.**

Gedankliche Parallelen zu dem aktuellen juristischen Vorgehen der Deutschen Umwelthilfe gegen die Stadt Berlin hinsichtlich der 2016 stadträumlich übergreifenden Stickoxydbelastung aus dem Straßenverkehr drängen sich auf (Beleg: Prognostische Verkehrsmengenentwicklung bis 2025 laut Step Verkehr des Senats voraussichtlich weiter zunehmend).

Die weitere unkontrollierte Überbetonung des Prinzips „Stadt der kurzen Wege“ in der zentralen Innenstadt droht vor Ort letztlich zum Verkehrskollaps zu führen.

Die planbare Dichte des innerstädtischen Straßenverkehrs wächst eben nicht in dem Maße, wie sich die Geschoßfläche angrenzender Grundstücke **spekulativ** „nachverdichten“ lässt.

Sehr geehrte Frau Herrmann, wir danken Ihnen, dass Sie sich bis hierher für die Ausführlichkeit unserer Darlegungen Zeit genommen haben.

Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass wir in **unserem Maßnahmenkatalog die Grundsatzpositionen der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN tangieren** und so versprechen wir uns von Ihrem ganz persönlichen Engagement für unser Anliegen imponierende **„grüne Tatkraft“**.

Nehmen Sie uns bitte ab, dass wir, die Bewohner des Barnimkiez, Koppen-SingerKarrees, Karl-Marx-Allee Karrees, Andreas-Viertel und des Wohngebietes Krautstraße sowie der Langen Straße (s. Anlage Abb. 3) auf's Höchste beunruhigt sind um unsere Kieze, unser aller Gesundheit und um die gesellschaftliche Stabilität.

Stellen Sie sich bitte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln – und mit uns Bürgern gemeinsam – jenen entgegen, die sich der Immobilien-Lobby andienen und **die Prinzipien der Umweltgerechtigkeit missachten**.

Für den Fall, dass die von uns aufgelisteten Maßnahmekomplexe ohne wahrnehmbare Resonanz geblieben sind, *möchten wir Sie bitten, Folgendes zu veranlassen:*

1. Information des bezirklichen /städtischen Gesundheitsamtes wegen drohender starker Gesundheitsgefährdung aus Luftverschmutzung für viele Menschen mit der Bitte um Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen.
2. Aufnahme von vorliegenden Vegetationsschäden (vermutlich aus Luftverschmutzung) und Einleitung von Gegenmaßnahmen im Bereich Karl-Marx-Allee Karree durch das Umwelt- und Naturschutzamt; analog gilt dies ebenfalls für das Barnim-Viertel, Koppen-Singer Karree, Andreas-Viertel und das Wohngebiet Krautstraße sowie für die Lange Straße.
3. Information des Jugendamtes wegen Entzugs notwendiger Kinder- und Jugendspielplätze in bestehenden Wohngebieten mit der Bitte um Prüfung und Einleitung von Gegenmaßnahmen.
4. Antrag auf ein Verbot bis auf Widerruf von vorgezogenen Baugenehmigungen im Bereich der vorgesehenen Bebauungspläne in Friedrichshain-West wegen Verdachts der massenhaften Gesundheitsgefährdung durch Luftschadstoffe und der akuten Vernichtung von dringend nötigem klimaschützendem Stadtgrün in innerstädtischen Gefährdungsgebieten.
5. Dringende Durchführung von Validierungen (bestätigende/ausschließende Messungen der Entscheidungsgrößen) zu allen Aussagen in den gutachterlichen Stellungnahmen zum Thema: Stadtklima-Klimafolgenanpassung.

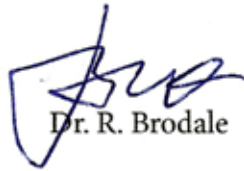
Falls Ihnen die unter 1. bis 5. genannten Maßnahmen nicht möglich sein sollten, würden wir uns über eine kurze Information freuen, auf welchem Wege wir diese direkt einleiten können.

Mit freundlichen Grüßen

Aktionsbündnisses Lebenswertes Wohnen in Friedrichshain-West/ Sprecherrat



H. Wienert



Dr. R. Brodale



H.-J. Trappen

Dr. G. Lindner



G. Wendrock



Dr. D. Kloß

beigefügt: **Abbildungen** zum Text

- Abb. 1: Ausgabe 2015 der Karte Umweltgerechtigkeit in Friedrichshain-West ...
- Abb. 2: Textliche Vorgabe für Nachverdichtungsvorhaben ...
- Abb. 3: Darstellung der vom Stadtplanungsamt Friedrichshain-Kreuzberg bis Januar 2016 ...
- Abb. 4: „Plattenbaufassade“ Karl-Marx-Allee 69 a–d, Nordostseite ...
- Abb. 5: Jahresreihe der Anzahl von Tropennächten ...
- Abb. 6: Vegetationsschäden ... Karl-Marx-Allee/Andreas-Straße/Lebuser Straße ...
- Abb. 7: Situationsskizze zu dem mehrfachen Vegetationsschaden Mai 2016 ...
- Abb. 8: Jahresreihe der Grenzwertüberschreitungen PM10-Feinstaub ...
- Abb. 9: Besondere Vulnerabilitäten ... im Bereich Strausberger Platz ...
- Abb. 10: Windfeldveränderungen (...) u. a. in Nachverdichtungsgebieten. ...
- Abb. 11: Der Strassenzug B 1/5 ...

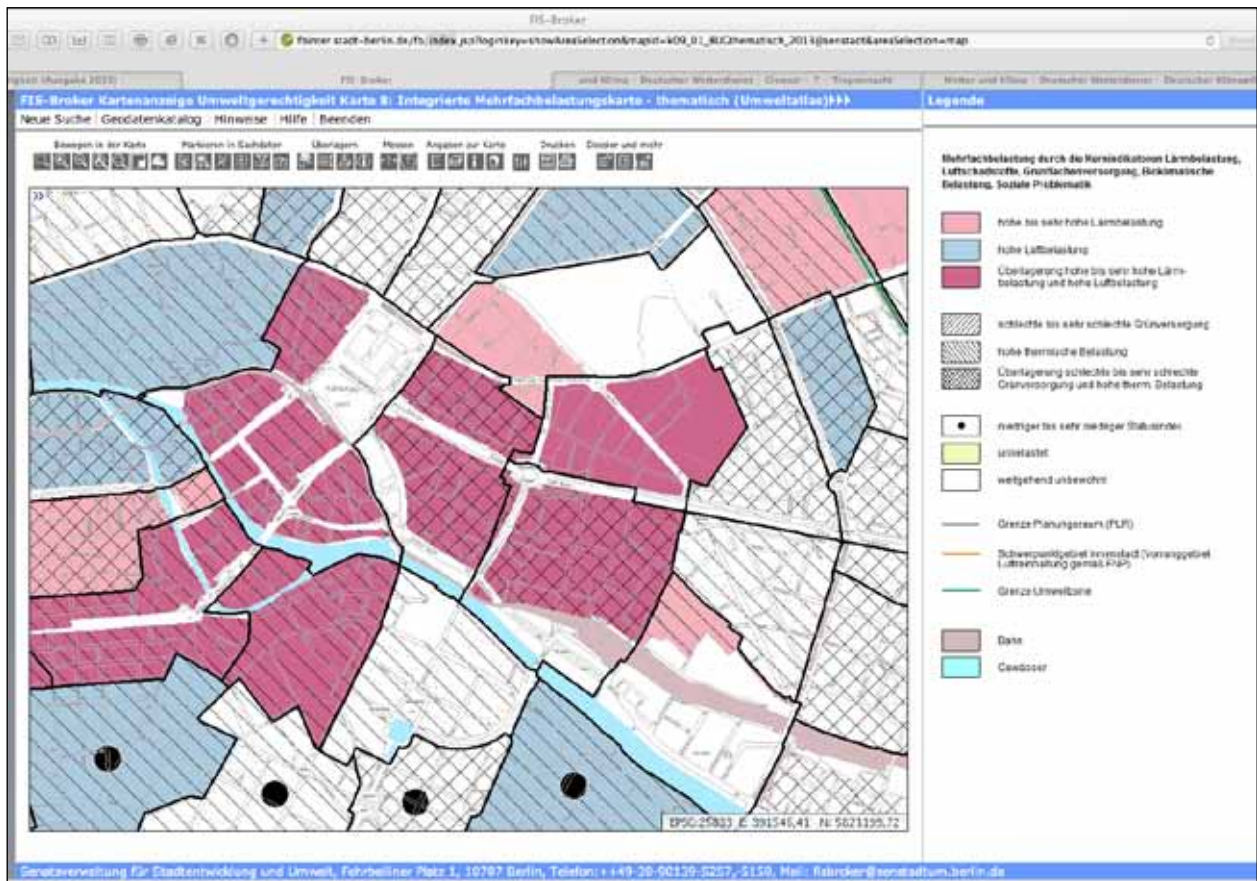


Abb. 1: Ausgabe 2015 der Karte Umweltgerechtigkeit in Friedrichshain-West, Orientierung am Strausberger Platz und Karl-Marx-Allee.

Quelle: s. oberste und unterste Zeile der Grafik

Planungshinweise von SenStadtUm zur Nachverdichtung 2005 und 2015 im Vergleich:

Bei dem Arbeitsstand **2005** des Umweltatlas Berlin erhielten die Nachverdichtungs-Standorte Fh-West die auf VDI-Blättern basierte summarische Aussage: **„Hohe Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung. Keine weitere Verdichtung. Verbesserung der Durchlüftung und Erhöhung des Vegetationsanteils, Erhalt aller Freiflächen, Entsiegelung und ggf. Begrünung aller Blockinnenhöfe.“**



Abbildung: Hauptkarte der Planungshinweise Stadtklima 2015 (Umweltatlas)

Die aktuelle Text-Fassung von **2015**, obige Planungshinweise Hauptkarte (Umweltatlas), lautet:

Thermische Situation weniger günstig. Maßnahmen zur Verbesserung der thermischen Situation sind notwendig. Sie sollten sich auf die Tageszeiten auswirken, die für die Gesamtbewertung verantwortlich ist, ggf. sowohl auf die Tag- als auch auf die Nachtsituation. Bei Nachverdichtungsvorhaben ist darauf hinzuwirken, dass sie nicht zu einer Verschlechterung auf der Fläche selbst sowie auf angrenzenden Flächen führen („Entkopplung“).

Durch die Hinzufügung allein eines zusätzlichen Wohngebäudes wird die vorhandene, tags wärmespeichernde bzw. tags und nachts abstrahlende Baumasse noch um ca. 12.000 m³ erhöht. Unter weiterer Hinzufügung von Gebäuden (z.B. Innenhofbebauung) kommen weitere 12.000 m³ je Gebäude hinzu, sodass die als „weniger günstig“ in der PHK Hauptkarte eingestufte Siedlungsfläche sich in ihrer Einstufung weiter **verschlechtert** (Hitzespeicherung und -abstrahlung. Erzeugung und weitläufiger Transport von Luftschadstoffen aus Strassenverkehr durch fassadenthermische Luftturbulenzen).

Abb. 2: Textliche Vorgabe für Nachverdichtungsvorhaben nach Jahreszahlen.
Quelle: s. oberste und unterste Zeile der Grafik

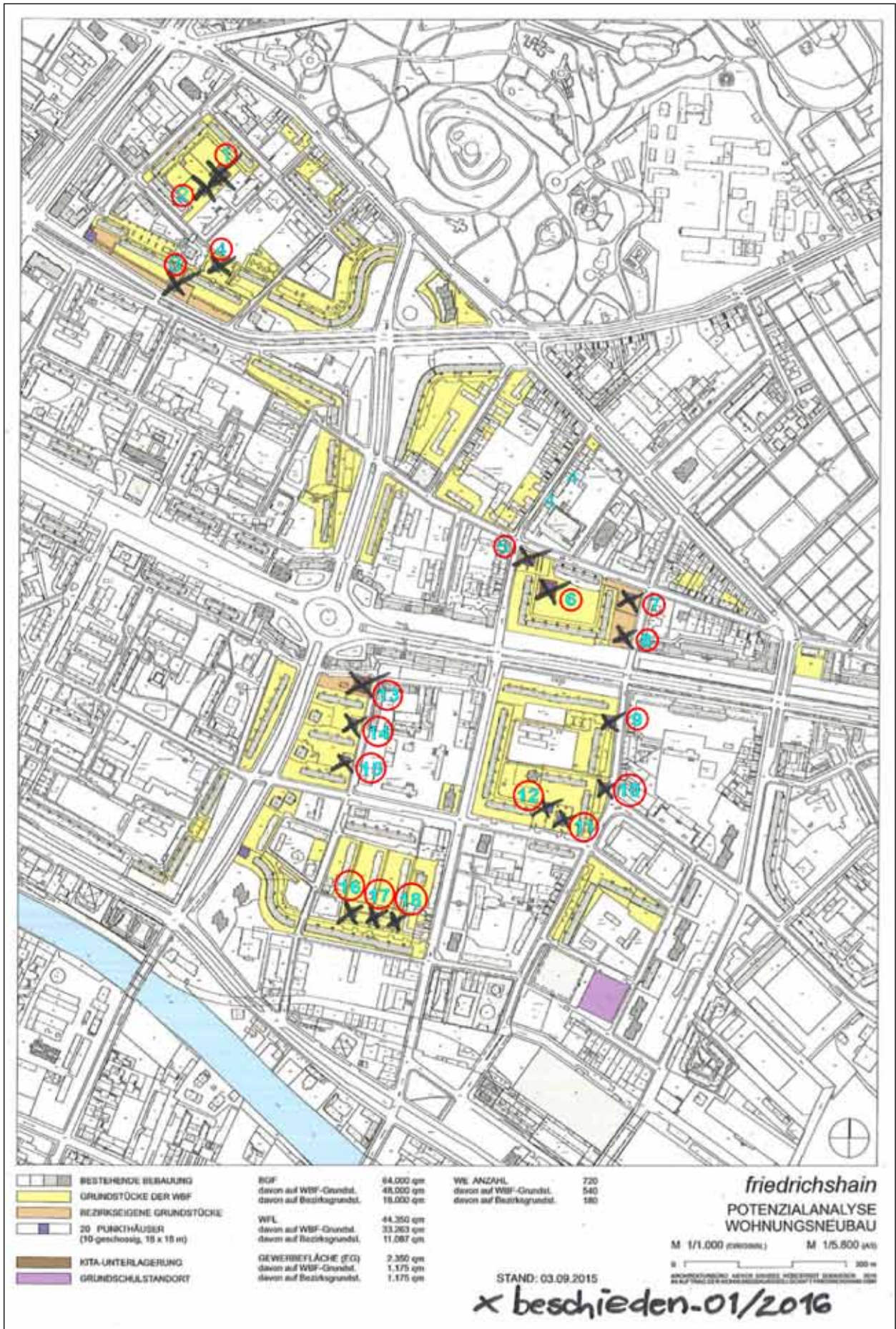


Abb. 3: Darstellung der vom Stadtplanungsamt Friedrichshain-Kreuzberg bis Januar 2016 positiv beschiedenen Bauvorbescheide.



Abb. 4: „Plattenbaufassade“ Karl-Marx-Allee 69, Nordostseite. Fenster ohne äußeren Sonnenschutz, nach Wärmedämmung der Außenwände 1996, keramische Beschichtung. Quelle: Aktionsbündnis

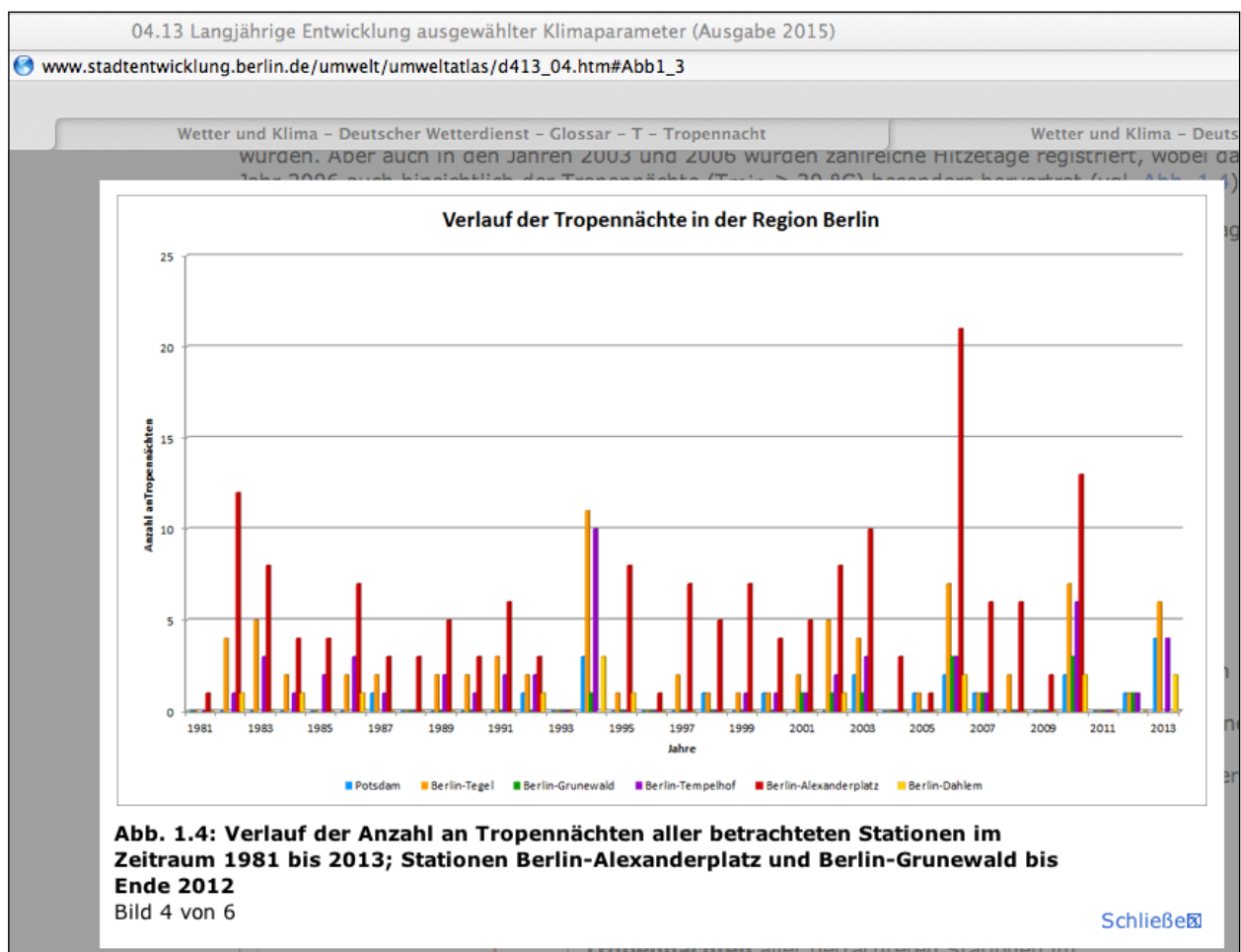


Abb. 5: Jahresreihe der Anzahl von Tropennächten an Berliner Wetterstationen. Zu beachten besonders die für Friedrichshain-West nächstgelegene und ähnlichste Station Alexanderplatz (Hitzeinsel Innenstadt, Standortwechsel ab 2011). Quelle: Senatsverwaltungen SenStadtUm



Abb. 6: Vegetationsschäden infolge Luftaustausch mit schadstoffbelasteter Luft von der Ampelkreuzung Karl-Marx-Allee / Andreas Straße / Lebuser Straße an den Pappeln in der Süd-West-Ecke des Karl-Marx-Allee Karrees.

Quelle: Aktionsbündnis Friedrichshain-West, Mai 2016

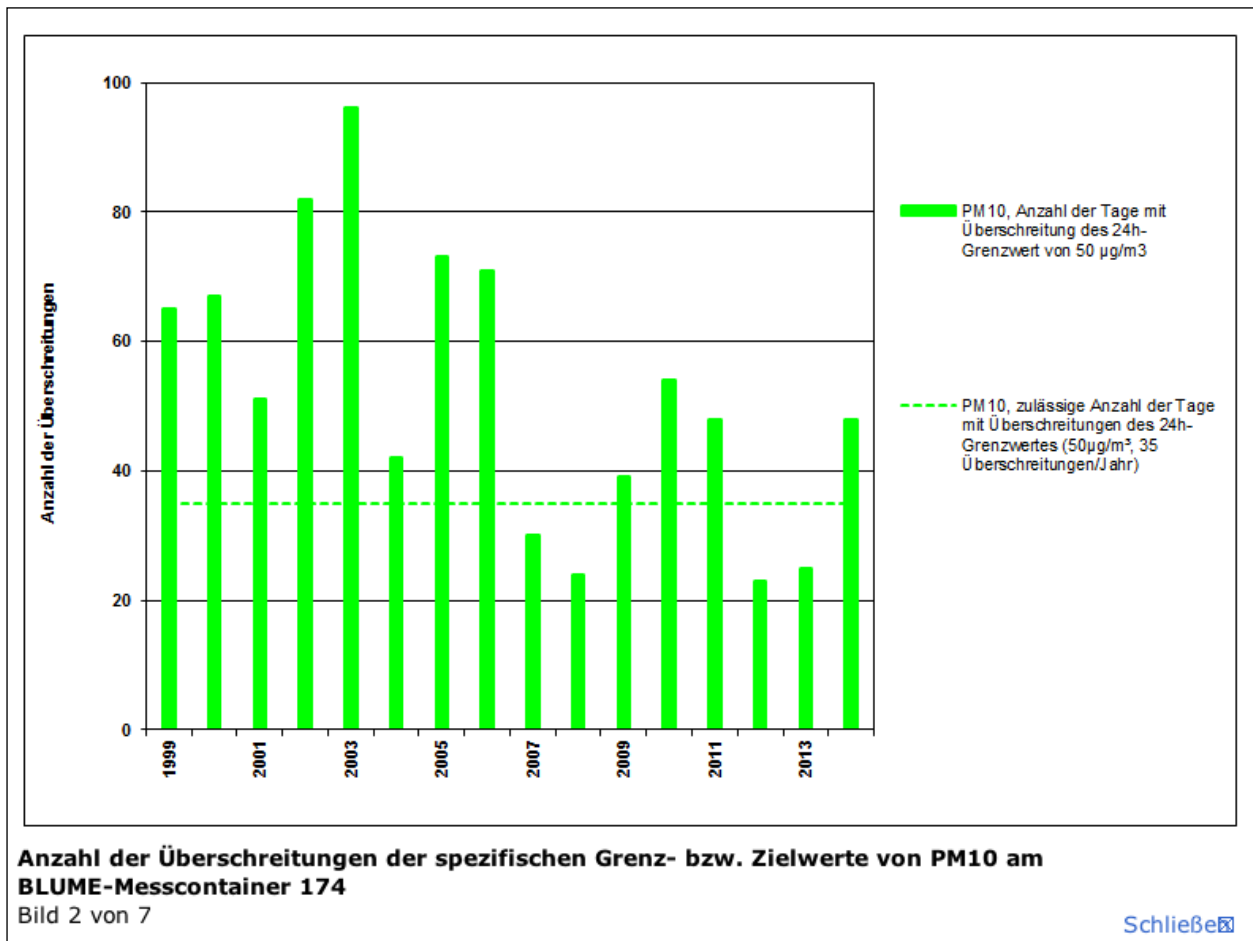


Abb. 8: Jahresreihe der Grenzwertüberschreitungen PM10-Feinstaub an der für die Karl-Marx-Allee maßgeblichen Messstation MC 174, Frankfurter Allee 86 b. Die Luftbelastungen nehmen von der Messstelle aus in Richtung Strausberger Platz zu. Aktuell per 29. 6. 2016 sind 12 Grenzwertüberschreitungen PM10 (Jan.–März) zu verzeichnen, die Tagesmittelwerte Stickstoffdioxid sind überhöht.
Quelle: SenStadtUm

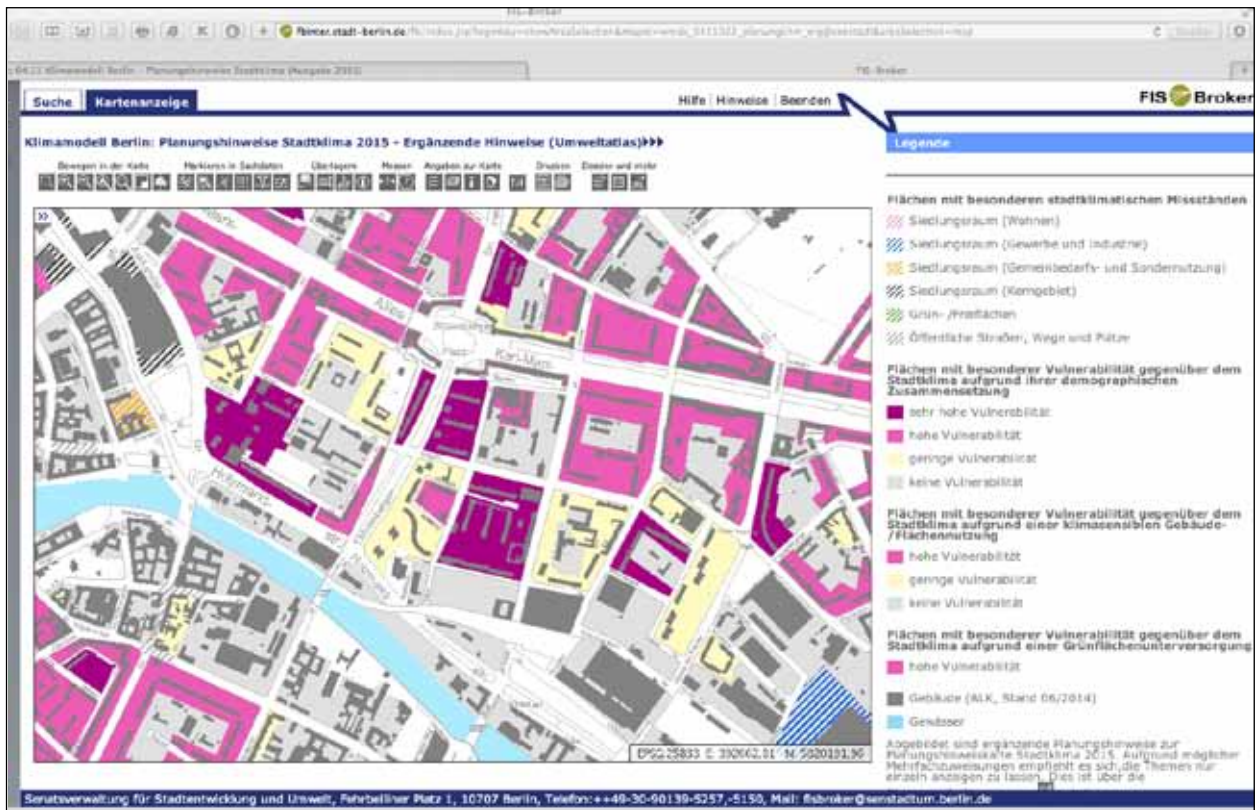


Abb. 9: Besondere Vulnerabilitäten (Verletzlichkeiten) aufgrund der demographischen Zusammensetzung der Bewohner im Bereich Strausberger Platz, insbesondere Krautstraße, Lange Strasse.

Quelle: s. oberste und unterste Zeile der Grafik

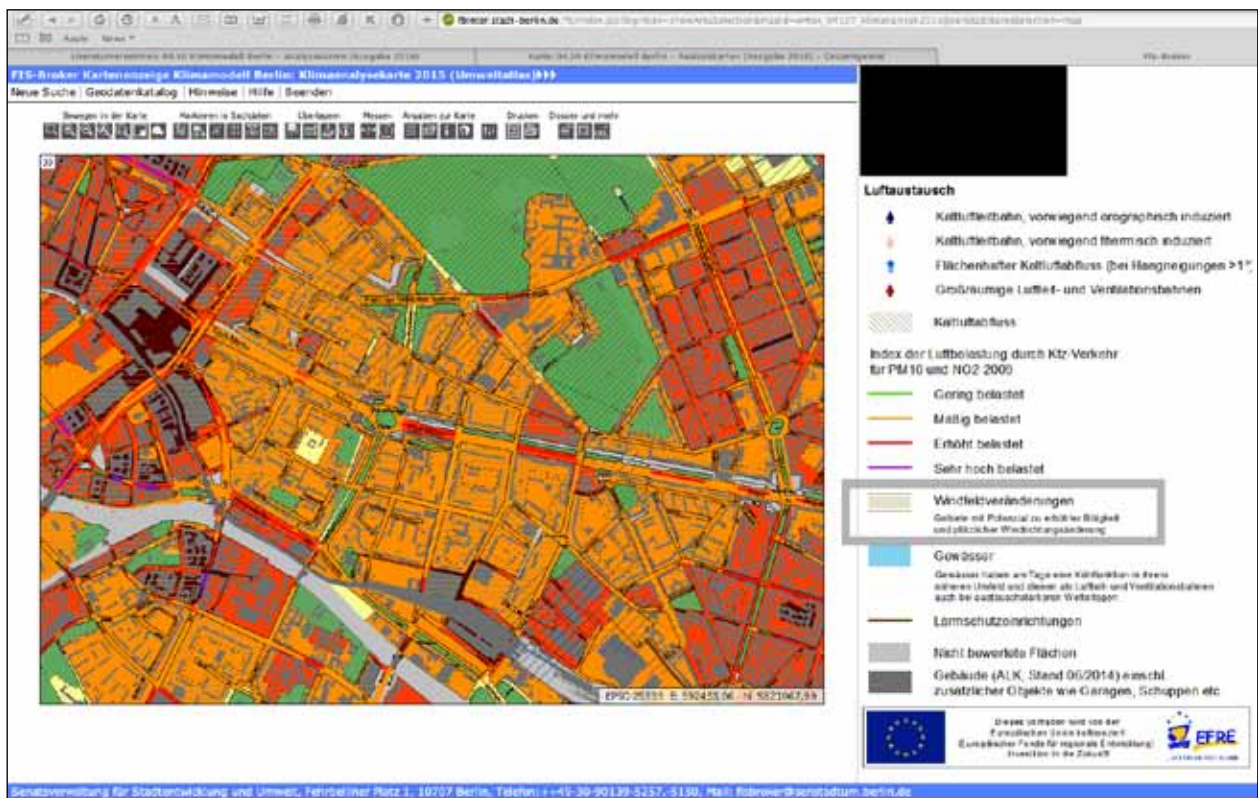


Abb. 10: Windfeldveränderungen (Luftzirkulation) u. a. in Nachverdichtungsgebieten. Ebenso dargestellt sind die örtlichen Luftbelastungen.

Quelle: s. oberste und unterste Zeile der Grafik

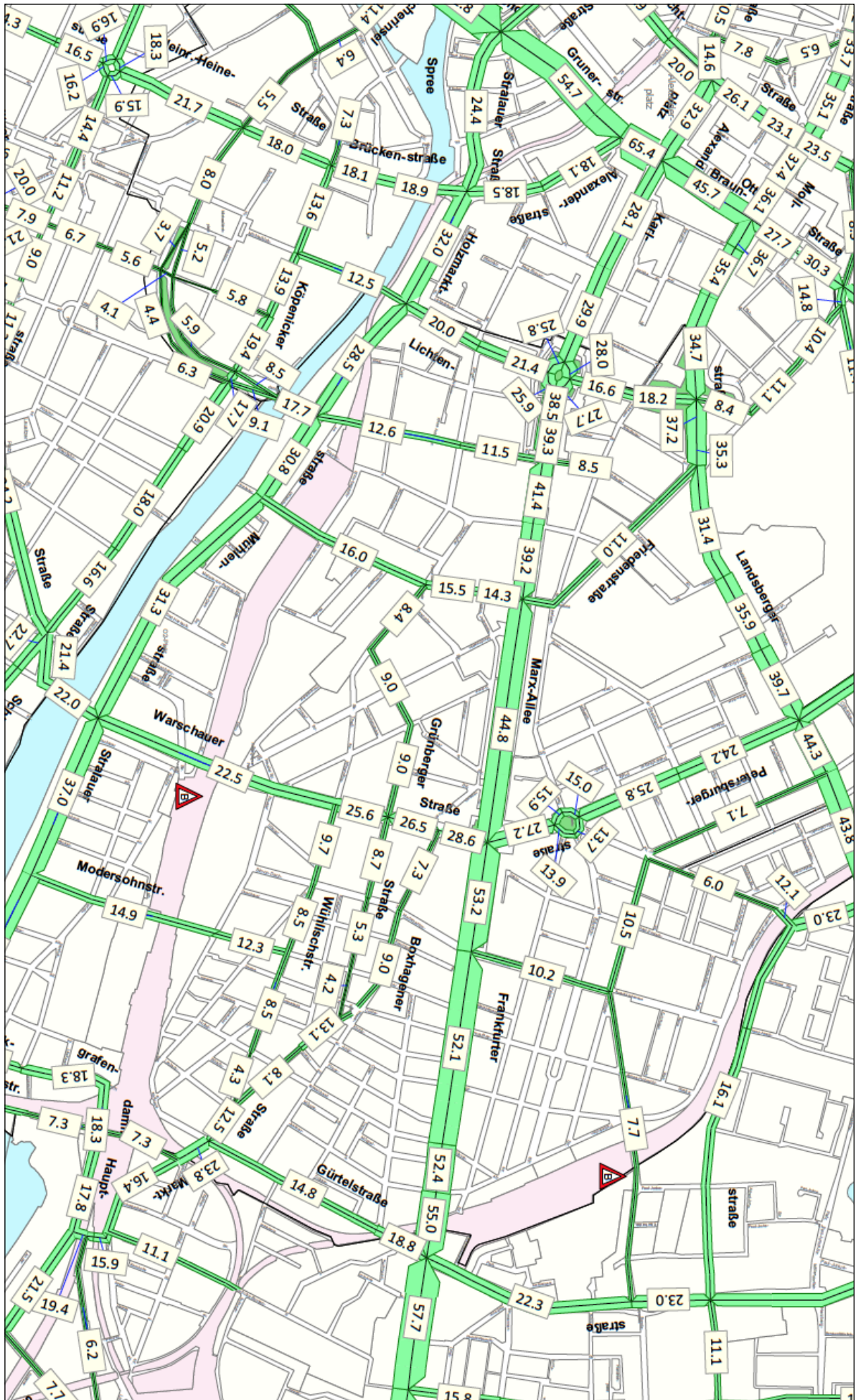


Abb. 11: Der Strassenzug B 1/5, von Biesdorf bis Alexanderplatz, gehört zu den höchstbelasteten Verkehrsstraßen Berlins. Die Karte zeigt die Verkehrsmengen je Straßenschnitt über 24 Stunden an einem Werktag, enthaltend alle Fahrzeugarten. Angaben in Tausend Kfz. Quelle: SenStadtUm 2014